

10. Optimierung des ÖVs in der Stadt Winterthur - Standortevaluation Busdepot Strassenverkehrsamt Winterthur

Postulat Susanna Lisibach (SVP, Winterthur), Michael Bänniger (EVP, Winterthur), Roland Kappeler (SP, Winterthur), Michael Zeugin (GLP, Winterthur)
KR-Nr. 473/2022, RRB-Nr. 250/1. März 2023 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 1. März 2023 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Susanna Lisibach (SVP, Winterthur): Wie beantworte ich ein Postulat mit möglichst wenig Worten, wenig Enthusiasmus und wenig Interesse? So kam mir die Antwort des Regierungsrates auf dieses Postulat vor, nachdem ich sie gelesen hatte. Etwas mehr Einsatz und Elan hätte ich schon erwartet, denn so falsch ist mein Anliegen überhaupt nicht. Es geht um die Optimierung oder Anpassung der Buslinien in Wülflingen Nord, das mehr als dürftig durch den ÖV erschlossen ist. In Wülflingen Nord wohnen mindestens 6000 Einwohner, Tendenz steigend. Und Winterthur ist immerhin die zweitgrösste Stadt im Kanton Zürich.

Der Regierungsrat argumentiert mit Hilfe der Angebotsverordnung, welche besagt, dass 400 Meter im Einzugsbereich der Haltestellen der Feinerschliessung und 750 Meter der Groberschliessung dienen. Ich habe nun aber einen Plan erhalten, der ganz klar belegt, dass ein grosser Teil von Wülflingen Nord ausserhalb dieses 400-Meter-Radius liegt. Ist Ihnen eigentlich bewusst, wie weit weg 400 Meter sind? Und eine Groberschliessung in einer Stadt von 750 Meter Luftlinie ist ziemlich vermessen. In der Regel kann keiner, der ausserhalb dieses 400-Meter-Radius wohnt, diese 750 Meter auf gerader Linie durchqueren. Die meisten müssen Hindernisse umlaufen, was dann eine grössere Strecke als die 750 Meter ergibt. Nicht jeder ist Profi im Urban Parcouring, bei dem man die Hindernisse erklettert.

Des Weiteren wird der Verkehrsrat angesprochen, welcher angeblich die alleinige Herrschaft über Entstehen oder nicht Entstehen einzelner Projekte hat. Ich habe mein Begehren beim Verkehrsrat deponiert, und es wird hoffentlich in Angriff genommen. Aber ist es nicht schlussendlich der ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*), der sein Einverständnis zum Fahrplan gibt, welcher vom Verkehrsrat vorgelegt wurde? Meines Wissens gehört der ZVV zum Kanton. Also könnte der Regierungsrat sich durchaus auch einbringen. Bei der Limmattal- und der Glattalbahn konnte er es ja offensichtlich auch. Und das, obwohl ein Teil der Bevölkerung dagegen war.

Ja, und nun zum Richtplan: Ist es dort nicht ein bisschen so, wie beim Huhn und beim Ei? Was war zuerst? Beim Strassenverkehrsamt handelt es sich um ein kantonaues Gebäude. Wie würde nun wohl der Kanton reagieren, wenn die Stadt Winterthur den Plan zückt und einfach mal so schnell den Eintrag ändert? Ich denke, der Kanton würde sich ziemlich auf die Zehen gestanden fühlen. Aber anstatt jetzt

dieses kleinliche Hin und Her zu pflegen, könnte der Regierungsrat doch einfach nur die Vorteile und Optimierung von Synergien sehen, wenn das leerstehende Strassenverkehrsamt in der Nacht als Busdepot genutzt werden könnte. Infrastrukturen könnten gemeinsam genutzt werden. Aber das hatte ich in meinem Postulat bereits aufgezählt. Im Sinne also des ökologisch und ökonomisch sinnvollen Postulats, bitte ich euch, das Postulat zu überweisen.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Die vorläufige Antwort des Regierungsrates ist sehr technisch verfasst. Was kann der Regierungsrat? Was kann er nicht? Wo ist er zuständig und wo nicht? Schade, ich sage, eine verpasste Chance. Wäre es nicht ein Zeichen für einen starken ÖV, wenn sich die Präsidentin des Verkehrsrates, Frau Regierungsrätin Carmen Walker Späh, für eine zukunftsorientierte Erschliessung von Wülflingen Nord aussprechen würde, ganz in der Transparenz, dass dem demokratischen Prozess der Entscheidungsfindung im Verkehrsrat nicht vorgegriffen wird und der Regierungsrat im Falle eines Rekurses die Fakten auf ihre Richtigkeit prüft und entsprechend urteilt?

Noch etwas enttäuschender ist die passive Haltung des Regierungsrates betreffend Hallennutzung des Strassenverkehrsamtes in der Nacht durch Stadtbus Winterthur (*Winterthurer Verkehrsbetrieb*). Ist es nicht das Anliegen von uns allen, mit den bestehenden Infrastrukturbauten nachhaltig umzugehen? Nachhaltig heisst für mich auch eine optimale Ausnutzung der Gebäude, was in diesem Fall meines Erachtens wirklich prüfenswert ist. Nebst dem trockenen Verweis auf die Zuständigkeit, hätte die Regierung hier ein klares Signal nach Winterthur senden können, dass sie grundsätzlich die zusätzliche Nutzung der vorhandenen Gebäuderessourcen in der Nacht begrüssen würde. Schade, dass der Regierungsrat hier keine Offenheit signalisiert. Deshalb unterstützen wir von der EVP die Überweisung des Postulates. Herzlichen Dank.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): Immer mehr Leute in Winterthur fahren Bus. So wie es aussieht, könnte es dieses Jahr zu einem Besucherrekord oder zu einem Rekord bei den Passagierzahlen kommen. Wenn immer mehr Leute Bus fahren, dann braucht es auch immer mehr Personal, mehr Busse. Wenn es mehr Busse braucht, dann auch mehr Depots, um die Busse unterzustellen. Kürzlich konnte man lesen, dass sich die Personalsituation wieder etwas entspannt hat. Das ist sicher gut so. Auch bei den Fahrzeugen zieht die Stadt nach: Elf neue Doppelgelenkbusse sind bestellt oder schon im Betrieb und noch mehr bestellt. Nur beim Platz, da wurde noch keine Lösung gefunden. Ab 2026 wird vermutlich ein Provisorium benötigt. Da würde es sich natürlich anbieten, wenn man ein Strassenverkehrsamt zwischennutzen könnte. Jetzt gibt es bestimmt einige Hürden, wenn man ein Strassenverkehrsamtsgebäude mitbenutzen will für die Busse. Da ist einerseits die Koordination von Abstellplätzen und technischen Einrichtungen des Strassenverkehrsamtes, und andererseits müssen auch zwei verschiedene Organisationen mit relativ unterschiedlichen Kulturen miteinander auskommen wollen, damit das überhaupt klappt.

Das zweite Anliegen des Postulats ist die Erschliessung von Wülflingen Nord. In Wülflingen gibt es keine so grosse Buserschliessung, da alle Gebiete kurze Wege haben. Allgemein in Winterthur, in der Peripherie bestehen teils ziemlich weite Wege zu den Bushaltestellen. Wenn man da etwas optimieren kann, wie es von Kantonsrätin Lisibach erwähnt wurde, dann macht es sicher Sinn, wenn man das Potenzial abklärt. Wir unterstützen das Postulat.

Chantal Galladé (GLP, Winterthur): Das Strassenverkehrsamt Winterthur ist tatsächlich nicht an den öffentlichen Verkehr angebunden. Das betrifft im Moment auch ungefähr 6000 Einwohnerinnen und Einwohner. Aber es werden bald mehr davon betroffen sein, weil es zusätzliche Überbauungen gibt.

Gemäss Prognose und aktuellem Angebotsstrategie braucht Stadtbus Winterthur bis in einigen Jahren zusätzliche Flächen, um die steigende Anzahl Busse zu warten und vor allem um sie in der Nacht abzustellen. Da das Strassenverkehrsamt im Kanton ist, könnte dieser Synergieeffekt geprüft werden, ob das möglich ist, also am Tag das Strassenverkehrsamt, in der Nacht ein Busdepot für die Busse. Sie können sich das wie eine Wohngemeinschaft vorstellen, in der zum Beispiel die Küche und das Badezimmer nicht gleichzeitig, aber nacheinander genutzt wird.

Die Überweisung dieses Postulats macht mehrfach Sinn. Erstens sind Wachstumsgebiete und Wohngebiete grundsätzlich an den öffentlichen Verkehr anzuschliessen. Das macht einfach Sinn. Zweitens, auf die Prognosen des Wohnraumes muss frühzeitig reagiert werden. Das ist in verschiedenen Bereichen so. Das ist mit den Schulhausplanungen auch nicht anders. Das ist auch mit dem ÖV nicht anders. Und drittens, Synergien sollen genutzt werden. Das Strassenverkehrsamt braucht die Halle vor allem am Tag, und der Stadtbus braucht die Halle vor allem in der Nacht. Das geht eigentlich von der Logik her gut aneinander vorbei. Einige Vorredner und -rednerinnen haben aufgezählt, dass es sicher auch kulturelle oder in anderen Dingen gewisse Probleme geben wird. Aber man soll das mindestens einmal prüfen. Das ist auch im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das macht wirklich Sinn. Auch wenn jetzt die Regierung noch nicht so spürbare Lust zeigt, auf dieses Anliegen einzugehen, wir Winterthurerinnen und Winterthurer glauben an unsere Regierung und sind überzeugt, dass wenn das Postulat überwiesen wird, dass sie sich gut und engagiert um dieses Anliegen kümmern wird. Wir Grünliberalen überweisen dieses Postulat.

Roland Kappeler (SP, Winterthur): Susanna Lisibach hat in ihren Ausführungen deutlich gemacht, warum wir mit der regierungsrätlichen Antwort nicht zufrieden sind und eine Überweisung des Postulats beantragen.

Wir haben in der Stadt Winterthur tatsächlich mehrere ÖV-Probleme. Stadtrat und Parlament versuchen, so weit möglich, diese selber zu lösen. Das grösste und für ÖV-Kunden und -Kundinnen ärgerlichste besteht wohl in den Verspätungen durch verstopfte Hauptverkehrsachsen. Gerade in diesen Tagen beginnt zum Beispiel am Knoten Wülflingen ein Bauvorhaben, das mit einer Wendeschleife nicht nur einen dichteren Busfahrplan ermöglicht, sondern mit einer Dossieranlage für

den Autoverkehr hoffentlich die Staus in den stadteinwärts führenden Hauptstrassen verringert. Später hilft uns hoffentlich Tempo 30 auch einmal mit, den Verkehrsfluss stabiler und flüssiger zu machen.

Beim Kapazitätsproblem «Busdepot» und beim Ausbau des Liniennetzes in wachsenden Quartieren am Stadtrand sind wir jedoch auf die Mithilfe des Kantons angewiesen. Das können wir in Winterthur nicht allein, weil die Gemeindekompetenzen nicht ausreichen oder weil der Kanton eine möglicherweise geeignete Liegenschaft besitzt. Genau deshalb haben wir dieses Postulat parteiübergreifend eingereicht. Gerade wenn sich die SVP einmal für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs einsetzt – was leider allzu selten passiert –, kann es doch nicht sein, dass der Regierungsrats Spielverderber spielt und die Lösungsvorschläge nicht einmal in einem ausführlichen Bericht prüfen will.

Es ist uns sehr wohl bewusst, dass für die Festlegung des ZVV-Angebots der Verkehrsrat zuständig ist. Die Stadt Winterthur wird sich im Fahrplanverfahren sehr wohl entsprechend einbringen. Michael Bänninger hat es gesagt, es ist eine verpasste Chance, wenn sich der Regierungsrat hier auf seine reine Rekursrolle zurückzieht. Anders sieht es beim Strassenverkehrsamt aus. Florian Meier hat gesagt, es gibt ein paar Hürden. Das Bild von Chantal Galladé mit der WG gefällt mir; es gibt Synergie. Der Regierungsrat könnte einen WG-Ämtchenplan vorlegen bezüglich Nutzung der Halle des Strassenverkehrsamts, die im Moment Eigentum des Kantons ist, da hat er Regierungsratskompetenzen. Bevor die Stadt im kommunalen Richtplan jetzt einen entsprechenden Depotstandort evaluiert und aufnimmt, wäre eine Auslegeordnung von Chancen und Möglichkeiten aus Sicht der Kantonsregierung sehr hilfreich. Die Förderung des öffentlichen Verkehrs verdient ein Miteinander und es braucht dieses Miteinander von Gemeinden und Kantonen, wo immer es möglich ist. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat an den Regierungsrat zu überweisen. Die Winterthurer ÖV-Benutzerinnen und -Benutzer werden es Ihnen danken.

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur): Auch, wenn jetzt der Eindruck entsteht, wir machen hier eine Gemeinderatsdebatte der Stadt Winterthur, teilt die Mitte-Fraktion trotzdem das Anliegen von Susanne Lisibach und den Mitunterzeichnenden hinsichtlich der besseren Erschliessung von Wülflingen Nord durch den öffentlichen Verkehr. Wülflingen Nord ist nicht nur Standort des Strassenverkehrsamtes, sondern auch ein wichtiges Naherholungsgebiet und Ausgangspunkt von Wanderungen entweder Richtung Weinland oder Richtung Wolfensberg. Mit den Restaurants Sporrer und Taggenberg gibt es zudem in der Nähe des Strassenverkehrsamtes auch zwei attraktive Restaurants, die heute mit dem öffentlichen Verkehr nur ungenügend erschlossen sind.

Wir können aber die Argumentation des Regierungsrates nachvollziehen, dass für die Behandlung des Anliegens zuerst der Verkehrsrat zuständig ist, und der Regierungsrat leider nur Rekursinstanz ist. Wir hoffen trotzdem, dass der Verkehrsrat das Anliegen der Winterthurer ernst nimmt und zu einer sinnvollen Lösung kommt.

Betreffend Nutzung der Halle des Strassenverkehrsamtes möchte ich meine Interessenbildung offenlegen. Ich bin Verwaltungsrat einer Winterthurer Immobilienfirma, die mit der Stadt Winterthur Gespräche über einen möglichen Standort für ein Busdepot führt. Dass solche Gespräche stattfinden, zeigt, dass die Stadt Winterthur ihre Verantwortung wahrnimmt und konkret Standorte für ein zweites Busdepot in Winterthur evaluiert. Wir teilen die Auffassung des Regierungsrates, dass das Thema Busdepot primär eine Angelegenheit des Stadtrates ist, und wie ausgeführt, nimmt er diese Aufgabe auch wahr. Zudem habe ich Zweifel, obwohl ich nicht Fachmann bin beim Thema Verkehr, ob sich die Halle des Strassenverkehrsamtes für ein Busdepot wirklich eignet. Diese Kombi nutzungen sind auch in der Industrie nicht immer ganz einfach. Aus diesen Überlegungen lehnt die Mittefraktion das Postulat ab.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Jetzt gibt es einen Winterthur, der ein kritisches Votum hält. Wir haben in Winterthur tatsächlich verschiedene Gebiete, die ungenügend oder schlecht erschlossen sind. Es geht nicht nur um Wülflingen Nord. Wir haben beispielsweise die Region um Rickertwil; wir haben Teile von Seen Iberg und wir haben beispielsweise auch die ganzen Bereiche Oberwinterthur und Reutlingen. Jetzt könnte man natürlich für jedes dieser Gebiete auch hier im Kantonsrat eine Debatte führen. Aber das ist nicht stufengerecht. Richtig ist – und da bin ich mit den Vorrednern einig –, die Stadt wächst. Die Bedürfnisse nach zusätzlichen ÖV-Kapazitäten sind auch an den Buskorridoren. Wir haben Buskorridore festgelegt in der Stadt von Ost nach West und von Nord nach Süd. Diese Bedürfnisse sind ausgewiesen. Die Frage ist jetzt aber, ob wir das alles wirklich an diesem Strassenverkehrsamt in Wülflingen aufhängen wollen, oder ob es nicht besser ist, dass die Stadt Winterthur einmal eine Gesamtplanung macht und sich vielleicht überlegt, was braucht es wo wirklich. Mir scheint, auch wenn das sehr gut gemeint ist, ist dieses Postulat etwas zu speziell oder an einem zu individuellen Detail aufgehängt. Daher werden wir von der FDP das Postulat nicht unterstützen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Was ich hier bei diesem Vorstoss sehe, ist quasi das Gegenteil, was hier vielfach im Kantonsrat abläuft, nämlich, normalerweise wollen wir hier im kleinen Kantonsrat viel lieber nationale Politik betreiben. Hier soll der Kantonsrat offenbar Winterthurer Kommunalpolitik machen beziehungsweise als Stadtparlament erhalten. Noch überraschender und erfreulicherweise ist dabei, dass diese ÖV-Initiative von der SVP kommt. Dass dabei ein lokales Interesse mitspielt, kann man sich denken; vielleicht hätte man hier auch eine Interessenbindung anbringen können.

Zur Sache: Ich sehe hier durchaus, dass wir in der Stadt Winterthur eine möglichst breite Netzabdeckung brauchen. Es macht sicher auch Sinn, dass hier genauer hingeschaut wird. Wenn Dieter Kläy von einer Gesamtplanung spricht, empfehle ich einen Blick in die aktuelle Angebotsstrategie 2035 beziehungsweise 2050; das ist ein Dokument von Stadtbus Winterthur. Bei der Angebotsstrategie 2035 ist

eine entsprechende tangentielle Idee – manche hätten allerdings lieber eine Direktverbindung– ins Maisenried angedacht. Aber zumindest das Problem mit Wülflingen Nord ist dort schon einmal adressiert beziehungsweise vom Stadtbus erkannt, dass hier eine bessere Erschliessung notwendig ist. Auch wäre eine Lösung zusammen mit dem Strassenverkehrsamt bestimmt kreativ. Jedoch sind wir der Meinung, dass dieses Anliegen an die richtige Ebene adressiert werden sollte. Dies sollte zuerst an Stadtbus beziehungsweise an das Stadtparlament gehen, sofern es die politische Ebene sein soll. Dann kann es über die zuständigen Instanzen oder von mir aus dann über den Kantonsrat gehen. Aber hier wird das Pferd schon ziemlich von hinten aufgezäumt.

Die Alternative Liste wird das Postulat nicht überweisen, genauso wie wir es halten, wenn hier in unserem Parlament überflüssige parlamentarische Initiativen nach Bern geschickt werden sollen, obwohl die entsprechenden Parteien, anders als die AL, Vertreter in den entsprechenden Parlamenten hätten. Besten Dank.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Ich könnte jetzt auch meine Interessenbindung bekanntgeben: Ich habe nämlich zwölf Jahre in Winterthur gearbeitet, im Bauamt. Aber immerhin kommt jetzt jemand zu Wort, der zur Vorlage spricht, der den Wohnsitz nicht in Winterthur hat.

Es ist nun mal so, die gewünschte Einführung dieser neuen ÖV-Linien, das ist eigentlich ein klassisches Beispiel eines Fahrplanverfahrens. Die Stadt Winterthur als betroffene Gemeinde wie auch alle anderen Gemeinden können solche Anpassungen beim Verkehrsrat beantragen, der es dann festlegt. Der Regierungsrat hat in diesem Verfahren keine Rolle. Das war auch der Grund, warum wir gesagt haben, es macht keinen Sinn über den Regierungsrat, der dann übrigens noch Rechtsmittelinstanz wäre, ein Verfahren aufzugleisen, das sowieso noch nicht zielführend ist, weil am Schluss der Antrag der Stadt Winterthur kommen muss. Daran ändert sich nichts, weil, das Fahrplanverfahren ist so festgelegt im entsprechenden Gesetz. Auch die Festlegung der Standorte, die machen wir nicht hoheitlich. Selbstverständlich sprechen wir mit den Gemeinden – jetzt redet die Verkehrsratspräsidentin. Wir sprechen auch mit den ÖV-Unternehmen. Aber am Schluss muss es einen Richtplaneintrag geben, und den machen wiederum die Gemeinden.

Ich sehe schon, dass ich auf verlorenem Posten bin bei so viel Winterthurerinnen und Winterthurern, die offenbar gut überzeugen konnten. Ich möchte Ihnen aber trotzdem sagen, ihr Stadtrat kann das doch, Kantonsrätin Galladé. Ihr Stadtrat, das hat er mehrfach bewiesen, der kommt auf den Verkehrsrat zu. Der kann das; der kann das beantragen. Ich glaube nicht, dass es dafür ein Parlament braucht. Als Verkehrsratspräsidentin habe ich noch nie ein Busdepot abgelehnt, wenn es keine Möglichkeiten gab seitens der Gemeinden insbesondere natürlich in den Städten Zürich und Winterthur. Auch da hat es das kantonale Parlament nicht gebraucht. Also, ein bisschen Vertrauen in die Abläufe dürfen Sie schon haben. Aber selbstverständlich, wir von der Regierung sind immer wohlwollend, wenn es um den öffentlichen Verkehr geht, wenn es um eine sinnvolle Verkehrsinfrastruktur geht. Wenn wir das prüfen sollen, dann prüfen wir das auch seitens der Regierung. Aber

nochmals: Sie können die Abläufe nicht ändern. Der Stadtrat muss es beantragen.
Herzlichen Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 121 : 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 473/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.